

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH-DEMOKRATISCHER JURISTEN  
Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

28. September 2014

**CDU-Juristen fordern Sanktionen gegen Moschee-Vereine**

Seit Jahren finden in deutschen Moscheen der „ISLAMISCHEN GEMEINSCHAFT MILLI GÖRÜS E. V.“ (IGMG) am 27. Februar Gedenkfeiern zum Todestag von Necmettin Erbakan statt. Das zentrale Ziel der Bewegung ist es, das demokratische System, das als "westliche" bzw. "bürokratische Ordnung" bezeichnet wird, zu überwinden und durch die "gerechte Ordnung des Friedens und der Verständigung" zu ersetzen, die auf dem Islam basieren soll. Diese Ideologie ist mit der freiheitlich demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Nusret Cayir (Nusretullah Hoca), der wegen seiner Gewaltpredigten aus Deutschland ausgewiesen wurde, war bei Gedenkfeierlichkeiten am Todestag von Erbakan über das Internet in IGMG-Moscheen in Baden-Württemberg, zugeschaltet. Dies ist dem Verfassungsschutz bekannt. Reaktionen der zuständigen Behörden gibt es offensichtlich nicht.

Im Internet ruft der pakistanische Vorbeter Muhammad Raza Saqib Mustafai offen zum Judenmord auf. Nun durfte er in einer Stuttgarter Moschee dennoch sprechen. Diese Beispiele zeigen, dass die von der CDU geforderte strenge staatliche Überwachung von Moscheen zwingend geboten ist. „Die Überwachung allein ist aber nutzlos, wenn die staatlichen Behörden selbst bei krassen Verstößen gegen die demokratische Grundordnung nicht reagieren“, so der Vorsitzende des LACDJ, Dr. Alexander Ganter. Wer solches Verhalten toleriert gefährdet die Sicherheit in unserem Land, das Ansehen friedliebender muslimischer Mitbürger und das Vertrauen in den Staat.

*Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.*